

Die belgischen Kammerwahlen 1912

Autor(en): **Piao, Eugène**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1908-1914]**

Band (Jahr): **5 (1912)**

Heft 7

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-406272>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die belgischen Kammerwahlen, 1912.

Von Eugène Hins, Chefredaktor der „Pensée“ Brüssel.

Seit 28 Jahren haben die Klerikalen die Macht in ihren Händen; sie gelangten dazu im Jahre 1884 dank der Spaltung der liberalen Partei, deren Führer sich den demokratischen Reformen ihres radikalen Flügels widersetzen. Als die reaktionären Kammern infolge Drängens der Bevölkerung gezwungen wurden, das Allgemeine Wahlrecht einzuführen — eingeschränkt durch das Pluralvotum — hatten die Sozialisten bei den ersten Wahlen auf Grund des neuen Gesetzes, 1894 viel mehr Stimmen als die Liberalen auf sich vereint, die fürchtigeren Elemente der liberalen Partei dagegen stimmten mit den Klerikalen und selbst gegen die Kandidaten der gemäßigten Richtung und verhalfen auf diese Weise den Klerikalen zu einer mehr als Zweidrittelmajorität. Die Proportionalwahlen im Jahre 1900 beließen sie im Besitz einer ähnlichen Majorität, aber von da an verloren sie bei jeder Wahl an Terrain, und im Jahre 1910 (Wahlen finden jedes zweite Jahr statt, und zwar immer für eine Hälfte des Landes) war ihre Majorität auf sechs Stimmen zusammengeschumpft: sie besaßen 85, die Liberalen 44 und die Sozialisten 35 Mandate.

Mit dieser schwachen Majorität hinter sich, erkühnte sich im Jahre 1911 Minister Schollaert, einen Gesetzesvorschlag betreffend den Elementarunterricht zu unterbreiten, welcher den öffentlichen Unterricht hätte zu Grunde richten sollen. Ueberdies hatte die klerikale Regierung seit dem Tage des Antrittes ihrer Herrschaft (1884) mehr als zweihundert Millionen für die Kongregationschulen verausgabt. Die besagte Gesetzesvorlage mußte das Maß der allgemeinen Entrüstung voll machen und die beiden antiklerikalen Parteien — Liberale und Sozialisten — deren Antagonismus viel zur Stärkung der Macht der Klerikalen beigetragen hatte, einander näher bringen.

Unter der Leitung der „Ligue de l'Enseignement“ wurden in allen Teilen des Landes Versammlungen abgehalten, in denen liberale und sozialistische Politiker Schulter an Schulter vor überfüllten Sälen sprachen und lauten und einstimmigen Beifall ernteten. Die Bewegung gestaltete sich so intensiv, daß sogar der König von ihr erfaßt wurde und sich von gemäßigten Politikern beider Lager informieren ließ. Das Resultat dieser Unterredungen ist niemals bekannt worden, aber man erlebte, daß Minister Schollaert seine Demission gab und der neue Minister de Broqueville darauf verzichtete, die Gesetzesvorlage, welche den Ausschluß noch nicht passiert hatte, neuerdings vorzulegen.

Dieser erste Erfolg mußte die Opposition ermutigen. Die Bewegung wuchs denn auch und erreichte ihren Höhepunkt am 15. August, wo Hunderttausend liberale und sozialistische Manifestanten mit fliegenden Fahnen einen Demonstrationsszug durch die Straßen Brüssels veranstalteten.

Es galt jetzt diese schöne Begeisterung auszunützen. Gerade hatten im Oktober die Gemeindevahlen stattgefunden. Die Liberalen und Sozialisten schlossen ein Kartell, das die Säuberung der Gemeindestube von dieser Partei sich zur Aufgabe machte. Die Wahlergebnisse waren für unsere Gegner vernichtend: sie wurden aus der Verwaltung aller großen Städte verjagt und verloren

eine große Zahl von Sitzen über das ganze Land.

Ein Wort über das Pluralitätsstimmrecht. Eine Stimme hat jeder vollberechtigte Bürger, der das 25. Lebensjahr erreicht hat (für die Gemeindevahlen: das 30. Jahr). Für das Gemeindevahlrecht ist außerdem eine dreijährige Seßhaftigkeit erforderlich, was viele Arbeiter von dem Wahlrecht ausschließt. Eine Zusatzstimme haben außerdem der Vater jeder steuerpflichtigen Familie, Besitzer einer sicheren Revenue, Inhaber eines Diploms und alle Personen, die ein freies Gewerbe ausüben. Auf diese Weise kann eine Person für die Kammerwahlen dreifaches und für die Gemeindevahlen selbst vierfaches Stimmrecht besitzen.

Nach einer derartigen Niederlage durfte die Regierung wohl als bis zum Tode getroffen angesehen werden; und wirklich spielte sie seit der Wiedereröffnung der Kammer eine klägliche Rolle, angelehnt an die stümperhaften Angriffe der Opposition, die in einer langen Reihe von Interpellationen der gesamten Verwaltung den Prozeß machte.

Und die Anklagen waren nicht unberechtigt. Die erste Interpellation betraf die Frage der Landesverteidigung. Zur Zeit der Kriegsergüsse, gelegentlich der Marokko-Frage, war es offenbar geworden, daß trotz eines Kriegsbudgets von 100 Millionen, Belgien weder fertige Festungswerke, noch hinreichende Kadres, weder genügend viel Soldaten, noch Artillerie und Munition hatte; daß nichts für die Mobilisierung vorbereitet war; und so fort.

Nicht weniger jämmerlich stand es um die Finanzverwaltung der Klerikalen. Eine Vermehrung der Staatschuld um drei Milliarden und eine schwebende Schuld von 400 Millionen; und dennoch eine Unmasse dringender Notwendigkeiten, die unberücksichtigt blieben, während man für königliche Kammen oder für Arbeiten von fragwürdigem Werte oder gar für Wahlzwecke Millionen verschwendet hatte.

Hätte die Opposition ihren Angriff gründlich geführt, dann wäre jetzt schon das Ministerium zur Auflösung des Parlaments gezwungen worden. Unglücklicherweise hielt sie es für opportun, zuwarten. Die Bevölkerungszunahme, welche die Volkszählung von 1910 ergeben hatte, erforderte eine Vermehrung der Abgeordneten um 18 bis 20, und diese Vermehrung betraf größtenteils die Bezirke, welche mehr oder weniger von der Opposition erobert worden waren. Man glaubte aber warten zu sollen, bis der Minister die Volkszählungsergebnisse verkünden würde (was dieser wohlweislich solange als möglich hinauschoß), und bis das Gesetz betreffend die Vermehrung der Mandate votiert wäre. Man wollte eben das Sichere dem Ungewissen nicht opfern. Wäre aber die Auflösung in dem oben bezeichneten Augenblick erfolgt, so wäre auch bei der alten Anzahl von Abgeordneten die klerikale Partei geschlagen worden; so erregt war die Stimmung gegen die Regierung und so ratlos waren damals die Klerikalen. Statt dessen nahm man nach dem ersten Sturmhauf die parlamentarischen Verhandlungen wieder auf, beriet das Budget und fuhr fort, die Minister zu interpellieren.

Währenddessen war die Ruhe ins Land wieder eingetreten und die Chancen für einen Erfolg schienen nicht mehr so groß. Doch siehe! Einen Monat vor den Wahlen setzte die Bewegung intensiver ein, denn je. Zu hunderten Wählerversammlungen wurden im Lande täglich abgehalten; in vielen Bezirken wurden zwischen Liberalen und Sozialisten

Kompromisse geschlossen und dort, wo die beiden Parteien separate Kandidatenlisten aufgestellt hatten, bekämpften sie sich zum mindesten nicht.

Die antiklerikalen Propagandisten vollbrachten wahre Wunder und die Begeisterung der Zuhörer weitete sich mit der der Redner: die Säle vermochten nicht mehr die Volksmengen zu fassen; die Versammlungen mußten unter freiem Himmel abgehalten werden, vor zehn- bis fünfzehntausend Zuhörern. Selbst in den ländlichen Dörfern, wo man vor nicht langem antiklerikale Redner mit Heugabeln und Knütteln empfangen hatte, konnten diese sich jetzt Gehör, ja sogar Beifall verschaffen.

So hatte die Opposition wieder Vertrauen gewonnen und hielt sich des Sieges sicher. Man kann sich daher vorstellen, daß die Verkündung des Wahlergebnisses wie ein Blitzstrahl traf: Sechzehn Stimmen Majorität für die Klerikalen, in der Kammer und beinahe ebensoviel im Senat.

*

Wie war so etwas nur möglich geworden? Diesen Gründen nachzugehen soll nun versucht werden.

Vor allem muß dem Betrug ein großer Teil der Schuld an diesem Ausfall der Wahlen zugemessen werden. Eine kleine Statistik, die eben aufgestellt worden ist, enthüllt eine der Praktiken, die bei den Klerikalen besonders im Schwunge waren. Seit den letzten zwei Jahren hat die Bevölkerungszahl um 3,9 Prozent zugenommen, während die Zahl der abgegebenen Stimmen um 5,8 Prozent gestiegen ist. Da Wahlpflicht bestand, kann man nicht sagen, daß die Stimmzunahme aus einer regeren Beteiligung der Wähler resultiert sei. Die Zahl der Stimmberechtigten hat eben zugenommen und die Vermehrung der Stimmberechtigten ist hauptsächlich in jenen Arrondissements erfolgt, die für die Klerikalen günstig sind. Das will sagen, daß auf Grund des Pluralwahlrechtes man einer großen Anzahl von Wählern, die gar nicht die Qualifikation hierfür besaßen, mit Ergänzungsstimmen ausstattete. In allen Dörfern, wo die Klerikalen am Ruder sind, ist eine Nichtigstellung der Wählerlisten unmöglich, und sie stellen sie so zusammen, wie sie es wollen.

Dazu kommen die PreSSIONsmittel. Man kann sich vorstellen, was gewissenlose Menschen, die im Besitze der Macht sind sowie des Richterstandes, dessen Mitglieder heute zumeist ihre Kreaturen sind, Menschen, die für sich die Geistlichkeit, die Finanzwelt und die Industrie haben (was heute ganz in Händen der Klerikalen ist), sich alles gegenüber jenen erlauben, die das Unglück haben, von ihnen abzuhängen. Wie viele Dörfer wo sich niemand untersteht anders zu handeln als der Herr Pfarrer es ihm befiehlt! Wie viele Arbeiter von der Tyrannei eines reaktionären Unternehmers geknechtet! In welcher Angst schweben Beamte und Angestellte vor der Entlassung! Wie sehr sind die Kaufleute in ihrer Kundschaft bedroht! Wie sehr fürchten die Pächter, ihr Grundstück hergeben zu müssen! In letzterem Belang sei nur auf einen Fall hingewiesen, der sich ähnlich des öfteren wiederholt hat: Der Gutsbesitzer rief seine Pächter zu sich, nicht vielleicht sie zu bitten seine Kandidaten zu wählen — das Versprechen hätte nicht gehalten werden können — sondern ihnen nahezu legen, daß er ihnen die Pachtentziefen werde, falls seine Kandidaten aus der Urne nicht hervorgehen sollten. Denn man muß wissen, daß in vielen Gegenden

Belgiens es keine Mietverträge gibt, so daß nach Ablauf der Erntezeit dem Pächter sofort gekündigt werden kann.

Weiter die lange Kette der Korruption. Korruption von Seiten der Regierung: Subventionen, Auszeichnungen, Ämter, Gehaltszulagen und das alles verschwenderisch vergeudet. Hier nur ein einziges Beispiel: Im Bahnhof von Namur auf tausend Arbeiter hatten sechshundert am Nachmittag vor dem Wahltag die Mitteilung erhalten, daß ihnen eine Gratifikation oder Lohnaufbesserung bewilligt worden sei; hierbei Bestechungen erfolgten allerorts. Und neben der Vergeudung von Staatsgeldern wurden durch private Freigebigkeit mehrere Millionen mit offenen Händen ausgegeben; besonders das Gold der Kongregationen — die ja den Reservefonds der Kirche bilden — floß in Strömen.

Trotz alledem würde die Opposition den Sieg davongetragen haben, wenn nicht im letzten Augenblick der rechte Flügel der liberalen Partei versagt hätte. Alles hatte bei den Gemeindevahlen seine Pflicht getan, aber die Anschauung, daß die Liberalen ohne Hilfe der Sozialisten sich nicht an der Regierung behaupten könnten — die beiden Parteien hatten ein gemeinsames Programm ausgearbeitet — bewirkte, daß die Gemäßigten sich in die Arme der Klerikalen warfen. Und so kam es, daß im ganzen Lande die Klerikalen bei zirka 2,600,000 Stimmen mit 77,000 Stimmen Majorität siegten, was aber im Hinblick darauf, daß diese Majorität durch Pluralwahlen zustande kam, nicht mehr als 30,000 bis 40,000 Wähler repräsentiert. Bedenkt man, daß die Geistlichen und Mönche eine Armee von 30,000 bis 40,000 Wähler bilden, von denen jeder zwei bis drei Stimmen besitzt, so darf man wohl behaupten, daß die Klerikalen ihre Majorität nur einer Gruppe von Personen verdanken, die, streng genommen, nicht als Wähler betrachtet werden können.

Dank dem Schwindel in ihrer Macht gestützt, beschloß die klerikale Regierung insgeheim sich durch Gewalttätigkeiten noch stärker zu festigen. Sie hatte massenhaft die Gendarmerie in Orten konzentriert, wo sie erhoffen konnte irgend einen Vorwand für Repressalien zu finden, und sie hatte die Reservisten einberufen, was man sogar bei Kriegsgefahr nicht getan hätte. Und strengste Verbordnungen wurden erlassen. Um diese Konzentrierung von Streitkräften zu rechtfertigen, haben die klerikalen Blätter heute eine Notiz gebracht, die besagt, Herr de Broqueville habe den Beweis in Händen, daß eine revolutionäre Bewegung in Bildung begriffen war und daß nur dank der Vorsicht der Regierung der Plan nicht zur Ausführung gelangt sei.

Aber die Massen, überdies von ihren Führern beraten, gingen nicht in die Falle. Trotzdem aber befahl die Regierung in Lüttich ihre kleine Bluttaufe.

Die Brutalität, mit der die Gendarmen die Versammlungen auseinanderjagten, hatte die Menge in höchstem Grade aufgebracht, und es kam zu Steinwerfen. Die Gendarmen stürmten auf die Volksmenge, die jetzt in allen Richtungen auseinander stob. Eine Anzahl der Verfolgten versteckte sich in der „Populaire“ (Das Volkshaus). Doch die Gendarmen umzingelten das Gebäude, der Anführer kommandierte: „Tir à volonté!“ (Einschießen) und die Gendarmen beschossen mit Revolver- und Flintenkugeln die Front des Hauses. Drei Personen fielen im Salon des Café tot

nieder und an vierzig wurden verwundet. Ich zitiere hier, was ein Augenzeuge darüber berichtet und von einem liberalen Abgeordneten, Herrn Xavier Neujean jun., bestätigt wird, der Zeuge dieses Verbrechens von dem Fenster eines daneben befindlichen Hotels aus war, und den Bericht, den er hierüber abgefaßt hat, von vierzig Personen, die ebenfalls Zuschauer waren, unterzeichnen ließ. Dieses Schriftstück lag einer Interpellation zugrunde, die am 9. Juli in der Kammer erfolgte:

„Ich werde die Vorgänge von jenem Augenblick an schildern, wo die Polizeiwache die Place Verto gesäubert und die Volksmenge in die Rue de l'Official gedrängt hatte. Eine immerhin starke Gruppe stand nun vor der „Populaire“. Die Gendarmen schritten vor dem Grand Bazar auf und ab, und ich kann beschwören, daß — wenigstens bis zu diesem Momente — nicht ein einziger Schuß gegen sie gefallen war, denn da ich selbst zwischen ihnen und dem sozialistischen Lokale stand, hätte mir ein solcher Vorfall nicht entgehen können. Nachdem die Gendarmen eine ziemliche Weile vor dem Bazar verblieben waren, näherte ich mich wieder der „Populaire“, und unter den Leuten die dort waren, bemerkte ich auch nicht eine Person, die bewaffnet gewesen wäre.

Da fiel mir auf, daß die Fenster der Restauration Grüber zerbrochen waren, und ich ging hin um zu sehen, ob der Schaden groß wäre. Dieser Neugierde verdante ich vielleicht, daß ich dem Blutbade, das sich vorbereitete, entgangen bin.

So habe ich das Drama vom Trottoir des Continental verfolgt, ein Umstand, der zeigt, wie nahe von mir sich alles abgepielt hat.

Man ließ vorerst die berittenen Gendarmen vorrücken, zu zwei und zweien, den Revolver in der Hand. Sie trieben die Massen in das sozialistische Lokal und nachdem dies geschehen und die Türen geschlossen waren, schossen sie aus ihrem Browning in die Luft, jedenfalls aus Kunstliebhaberei. Im selben Augenblicke rücken die Gendarmen zu Fuß im Lauffschritt gegen die Mitte der Place Verto zu, die Berittenen ziehen sich rasch gegen das Grand Hotel zurück und ehe eine Sekunde vergeht, feuert die Infanterie in das sozialistische Lokal, in dem vollkommene Ruhe herrschte — so ruhig verhielten sich seine Insassen.

Es sei nochmals gesagt: Ich kann beschwören, daß seitens dieser Manifestanten auch nicht ein einziger Schuß gefallen ist.

Nachdem ich Zeuge all dieser Geschehnisse geworden, stehen mich die Polizeiangen von der Place Verto abziehen; ich war jedem Detail der Vorgänge gefolgt und werde mich stets mit einem Gefühl des „Schauers“ daran erinnern.“

Auch bei den Unruhen in Brügge, Seraing und Berviers fiel ein Todesopfer und gab es Verwundete. Aber überall predigten besonnene Männer Ruhe, so daß die mörderischen Absichten der Regierung vereitelt wurden. Die allgemeine Entzündung kam durch einen gewaltigen Streik zum Ausdruck, der in der Provinz Lüttich und in Hennegau inszeniert wurde. Seitdem ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden.

Die Arbeiter haben eingesehen, daß sie ihre Kraft nicht unnütz vergeuden dürfen und daß sie im Belang einer geeigneten gemeinsamen Aktion auf ihre Vertreter im Parlamente zählen können. Ich lasse nun die Beschlüsse folgen, die von den Führern der beiden antiklerikalen Parteien gefaßt wurden. Der „People“ berichtet:

„Der Generatrat der Arbeiterpartei hat nach vierstündiger Beratung einstimmig beschlossen, an die Arbeiterschaft ein Manifest zu richten, in dem er sie zu ihrer Energie beglückwünscht und die Meuteleien in Lüttich und Berviers brandmarkt.“

Der Generatrat beschwört die Arbeiterschaft die Streikbewegung aufzuschieben und in der Werbearbeit zugunsten des allgemeinen Wahlrechts nicht zu erlahmen.

Er beschließt, daß die parlamentarische Gruppe einen Antrag zur Revision der Verfassung am Tage des Wiederzusammentrittes der Kammern, am 9. Juli, einbringen soll; er beschließt weiter, für den 30. Juni einen außer-

ordentlichen Kongreß nach Brüssel einzuberufen, der über die Maßnahmen zu beraten haben wird, wie dem allgemeinen Wahlrechte zum Siege zu verhelfen ist. Der 30. Juni wurde nach langer Beratung und deshalb gewählt, um den einzelnen Gruppen genügend Zeit für die Prüfung der Frage zu geben, ehe sie ihren Delegierten ihre Vertretung dort übertragen.

Der Generatrat hat in die verschiedenen Arrondissements Delegierte entsandt, und insbesondere in denjenigen des „Zentrums“, um sich über die Lage zu orientieren und der Arbeiterschaft zu empfehlen, ihre Kräfte für den geeigneten Moment aufzusparen.

Die Arbeiterpartei wird große Leichenfeierlichkeiten veranstalten für die jüngsten proletarischen Opfer, die im Kampfe für das allgemeine Wahlrecht — namentlich in Lüttich, Berviers und Brügge — gefallen sind. Alle Gruppen und Abteilungen werden eingeladen, zu diesen Leichenfeiern auch Delegierte zu entsenden.“

„Die liberalen Mitglieder der Kammer und des Senats ihrerseits haben sich Mittwoch nachmittag versammelt und die nachstehenden Beschlüsse gefaßt:

„In Erwägung, daß ein ausgebreitetes System von Korruption, Betrug und Gewalttätigkeit die Ungerechtigkeit des Pluralwahlrechtes klar darlegt hat; in weiterer Erwägung, daß durch eine Verleumdungskampagne der Geist des konstitutionellen, monarchischen und toleranten Programms der liberalen Partei entsetzt und daß infolge des Eingriffes des Klerus und dessen Aufforderung zum Fanatismus die öffentliche Meinung des Landes gefälscht wurde und fest entschlossen, die Verantwortlichkeit des Programms zu verfolgen, das die liberale Partei vor den Wählern verteidigt hat und das zum Ziele hat: Die Verteidigung des öffentlichen und obligatorischen Unterrichts; das allgemeine Wahlrecht und die Arbeiter-Altersversicherung . . . bekunden die Vorstände die vollständige Einigung der liberalen Partei und ihren unerschütterlichen Willen, den Kampf gegen die klerikale Reaktion weiterzuführen; sie appellieren an die Klugheit und Kaltblütigkeit der Nation, um unnütze Ausschreitungen und blutige Maßnahmen zu vermeiden und beschließen die Einberufung einer Plenarversammlung der liberalen Linken der Kammer und des Senats, um über die politische Lage noch vor der für den 9. Juli festgesetzten Eröffnung der außerordentlichen Session zu beraten.“

Wohlan! Der Kampf geht weiter und erbitterter als je, sowohl in den Kammern als auch im Lande. Die Sache des guten Rechts muß siegen, muß endgiltig siegen, trotz des Betruges, der Einschüchterung, der Gewalttätigkeit seitens der Klerikalen: und sie werden dann nicht wiederkommen, denn die unlaute Waffe, mit deren Hilfe allein sie sich so lange behaupten konnten, werden ihren Händen entrisen werden.

Und so rufen wir allen Freunden der Freiheit und der Gerechtigkeit, die die politischen Vorgänge in unserem kleinen Lande mit Bangen verfolgen, zu, sie mögen versichert sein, daß wir unser Scherflein zur Emanzipation der Menschheit beitragen werden.

Der Keplerbund in der Schweiz.

Der Keplerbund hat nach seinen schweren Niederlagen in Deutschland nunmehr in der Schweiz seinen Einzug gehalten. Anfangs Mai erschien sein Apostel, Demert aus Godesberg, in Zürich und St. Gallen und hielt an beiden Orten, am ersteren im Schmutzgerichtssaale, am letzteren im Eigenheim der protestantischen Orthodoxen, dem Kepler-Hospiz, je einen Werbevortrag.

Haeckel hat in seiner Kirchengaustrittserklärung die Keplerbündler die „evangelischen Jesuiten“ genannt und wenn man nur die wenigen Sätze liest, welche bei vorerwähntem Anlaß aus beteiligten Kreisen in die Tagesblätter gelangt sind, so muß man dem verehrten Jenaer Kämpen beistimmen.